



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24881 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/55 - 7. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> |   | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 - 2         | Woche der Brüderlichkeit<br>Von Ludwig Metzger, MdB                         | 65             |
| 3 - 4         | Afrika in der Revolte<br>Dunkle Vorzeichen für die Zukunft eines Kontinents | 68             |
| 5 - 6         | Willy Brandt und die SPD<br>Von Franz Barsig                                | 67             |
| 7 - 8         | Ein Handelsmann aus Moskau<br>Bericht aus Leipzig                           | 69             |

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

Woche der Brüderlichkeit

Von Ludwig Metzger, MdB

"Woche der Brüderlichkeit" - ist das nicht auch schon zu einer Routineangelegenheit geworden? Jedes Jahr lesen und hören wir etwas davon. Aber bleibt es nicht im Unverbindlichen? Nehmen nicht viele in unserem Volk schöne Worte über Menschlichkeit zwar wohlwollend, aber doch auch ein wenig gelangweilt auf?

Das ist es eben: die Trägheit unserer Herzen. Die meisten Menschen sind gar nicht böse, sie führen gegen andere und Andersartige nichts Böses im Schilde, sie haben keine aggressiven Absichten, aber sie wollen in Ruhe gelassen sein. Sie halten sich für wohlhabende Leute. Aber die Träger Wohlhabenden sind es, die daran schuld sind, daß die Unanständigen, die Hassler und Hetzer wieder Oberwasser bekommen. Das sollte uns unsere Geschichte lehren.

Wieviele in unserem Volk haben vor 1933 ernsthaft für möglich gehalten, daß mitten unter uns Juden und andere verfolgt, sadistisch gequält und ausgerottet werden? Das Wort von dem Juden als "Untermensch" haben wir lange vor 1933 gehört. Wieviele haben bis in die letzte Tiefe gespürt, daß hier einem Mitmenschen, einer ganzen Kategorie von Menschen das Menschsein abgesprochen worden ist? Hätte sich dagegen nicht ein ganzes Volk aufbäumen müssen, solange es noch Zeit war!? Hätte es nicht den Anfängen wehren müssen? Aber wieviele waren einfach aus Gedankenlosigkeit stumpf und tatenlos. Sie waren nicht böse, sie wollten nur ihre Ruhe haben und mit dem Unangenehmen nicht konfrontiert werden. Aus Bequemlichkeit wollten viele einfach auch nicht glauben, daß das alles so gemeint sein könnte, wie es gesagt worden ist. Und dann brannten die Synagogen, und das satanische Vernichtungswerk steigerte sich in rasendem Tempo!

Das ist alles überwunden und liegt weit hinter uns? Wir dürfen ruhig einen Strich ziehen? Wieder sind da Wohlhabende, aber Bequeme, die verharmlosen und beschwichtigen, die nicht sehen wollen, wieviel wir noch zu tun haben, bis das Vergangene gemeiert ist und nicht wieder unter uns aufstehen kann.

7. März 1959

Da sind neulich in einer großen deutschen Stadt farbige Studenten mit dem Rektor ihrer Universität zusammen gewesen, um miteinander zu reden. Was diese Studenten zu sagen hatten, sollte uns Deutsche mit Sorge erfüllen. Gedankenlosigkeit macht diesen jungen Menschen, so ergeben ihre Berichte, ihren Aufenthalt in unserem Vaterland oft zur Pein. Sie können nicht warm werden, sie finden keinen Kontakt. Aber oft genug finden sie auch ausgesprochene Herzlosigkeit. Auf der Wohnungssuche wird ihnen die Tür vor der Nase zugeknallt, feindselige und verächtliche Bemerkungen werden ihnen ins Gesicht geschleudert. Die meisten dieser Rassestolzen ahnen wohl nicht, was sie dabei politisch anrichten; sie sind auch viel zu träge und viel zu sehr von sich eingenommen, um darüber nachzudenken.

Wir haben allen Grund, alles das ernsthaft zu bedenken. Wir können uns auch nicht damit trösten, daß nur eine ganz kleine Schicht schon wieder oder immer noch antisemitischen Regungen zugänglich ist. Die kleine Schicht kann nur aktiv und damit erneut gefährlich werden, wenn die große Zahl unseres Volkes sie gewähren läßt, wenn wir - und jeder von uns ist angesprochen - zu träge sind.

Woche der Brüderlichkeit? Ja, sie hat ihren tiefen Sinn und kann eine starke Wirkung haben, wenn wir bereit sind, das Unsere zu tun. Es gehört viel Kraft der Liebe und Selbstentäußerung dazu, in jeden Mitmenschen - ohne Ansehen der Person - den Bruder zu sehen. Wieviele Not könnte beseitigt werden, wenn wir es lernten, uns so in den anderen brüderlich hineinzusetzen, daß er nicht mehr Objekt unseres Denkens und Handelns wäre. Die Schwarz-Weiß-Malerei, wie sie zwischen den einzelnen und zwischen den Völkern so gerne geübt wird, müßte einer gerechteren und zugleich realistischeren Beurteilung weichen. Und viel Unrecht und namenloses Leid, die durch Menschen unseres Volkes verschuldet worden sind, könnten beseitigt oder wenigstens gemildert werden, wenn der Mensch den Menschen zu sehen vermöchte. Wir wollen uns die Woche der Brüderlichkeit dazu dienen lassen, ein Stück voranzukommen. Und wir sollten uns vornehmen, ganz schlicht und ohne viel Getöse die Zivilcourage aufzubringen, den Anfängen zu wehren - den kleinen und den großen.

### Afrika in der Revolte

ED. - Dreiundsechzig Tote und mehr als hundert Verwundete sind das Ergebnis der jüngsten blutigen Zusammenstöße zwischen afrikanischen Nationalisten und der Polizei im britischen Protektorat Nyassaland. Nach den Vorgängen im belgischen Kongo, wo zur Stunde das Aufflackern neuer Unruhen nur durch das Vorhandensein starker Militäreinheiten verhindert wird, sowie infolge der Entdeckung einer starken mau-mau-ähnlichen Femeorganisation in Kenia vermag niemand mehr zu sagen, wie lange noch Gebiete des schwarzen Erdteils, wie die Südafrikanische Union oder die portugiesischen Besitzungen in West- und Ostafrika von den Eruptionen afrikanischen Jamuts über die Fortdauer der weißen Oberherrschaft unbehelligt bleiben.

Die Ideen der Selbstbestimmung, der demokratischen Verwaltung und der nationalen Freiheit haben von den einheimischen Massen Afrikas Besitz ergriffen, und kaum einer wird sich dieser Woge, die erst kürzlich in der allafrikanischen Konferenz zu Accra ihrem demonstrativen Ausdruck fand, mit Aussicht auf Erfolg entgegenstellen können. Die klassischen Kolonialmächte auf afrikanischem Boden, Großbritannien und Frankreich, bemühen sich, diese Entwicklung in Bahnen zu leiten, die beiden zumindest einen Teil politischer und wirtschaftlicher Einflußnahme läßt. Schon jetzt aber läßt sich sagen, daß über allen Absichten Londons und Paris das Wort "zu spät" steht. Mögen heute noch ehemalige französische Kolonien sich zu autonomen Republiken in einer Gemeinschaft mit Frankreich zusammenschließen, morgen schon werden diese Bande gelöst sein. Die einzige Entscheidungsgewalt, die europäischen Staaten in Afrika noch geblieben zu sein scheint, ist die, darüber zu befinden, ob die Separation vom Mutterland friedlich oder blutig vollzogen wird. Selbst die konservativsten unter den Beamten europäischer Kolonialministerien werden zur Stunde dem im friedlicher Übereinkommen geschlossenen Vertrag über die zukünftige Unabhängigkeit eines schwarzen Staates einem blutigen Aufstand von der Art Zyperns vorziehen, denn auch am Ende des letzteren steht der Rückzug, auch wenn die Militärs von Tag zu Tag den "endgültigen" Sieg über die Empörung verkünden.

Die Partner der Kolonialmächte in Afrika, zumindest was Großbritannien betrifft, setzen sich nicht nur aus afrikanischen Freiheitskämpfern

fern, Intellektuellen und Gewerkschaftlern zusammen. Die weißen Siedler in Kenia, in Uganda, in der beider Rhodesien, nicht zuletzt im Nyassaland, wollen gleichermaßen die Freiheit vom Colonial Office in London. Schon jetzt ist das Datum festgesetzt, an dem die rhodesische Föderation den Dominion-Status erhalten wird, und auch aus Uganda und Kenia wird der Chor der weißen Stimmen immer lauter, die Unabhängigkeit von Großbritannien fordern. Aber im Unterschied zum Freiheitsverlangen der Neger soll die politische und staatliche Separation vom "Mutterland" benutzt werden, um den Afrikaner weiter unter der Botmäßigkeit des weißen Mannes zu halten. Die seit langen von Großbritannien aus eingeleitete allmähliche Integration des Negers in das politische und administrative Leben der Kolonien und Protektorate mit dem Ziel der Errichtung von "Mehr-Rassen-Staaten" und eines friedlichen Nebeneinanderlebens von Schwarz und Weiß erfährt durch die Separationsbestrebungen der weißen Siedler den tödlichen Streich. Kein Wunder, wenn die Afrikaner mit Erbitterung und Sorge dem Tag entgegensehen, da in Ostafrika "weiße" Dominier in enger Zusammenarbeit mit der rassenwütigen Südafrikanischen Union den Ton angeben. Kein Wunder, wenn die vier Millionen Neger des Nyassalands keine Gemeinschaft mit Rhodesien wollen und lieber unter der Herrschaft Londons leben wollen als unter der Fuchtel weißer Siedler in Salisbury.

Die Schüsse im Nyassaland, der Streik der 10.000 afrikanischen Arbeiter am Bau des Staudamms von Kariba, des größten Staudamms Afrikas, die Verhaftungen in der Südafrikanischen Union und nicht zuletzt die Deportation des britischen Sozialisten John Stonehouse aus Rhodesien - alles dies sind düstere Vorzeichen für die Zukunft Afrikas. Wenn die Politiker in London nicht in letzter Stunde ein Machtwort sprechen und den Aktionen der Weißen in Rhodesien einen Riegel vorschieben, dann wird in naher Zukunft der Funke des blutigen Terrors in das Pulverfaß der Rassenspannungen fallen und Afrika von Kongo bis zum Kap in ein Meer des Blutes tauchen. Jene Negerführer, die zur Stunde noch ihre Landsleute zur Mäßigung veranlassen und in der Diszipliniertheit der legalen Aktion den Erfolg ihres Tuns und die Erlangung der Freiheit verbürgt sehen, werden bald jeden Einfluß verlieren.

## Willy Brandt und die SPD

Von Franz Barsig

Während der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, in den Vereinigten Staaten, in Kanada und in einer Reihe von asiatischen Ländern weilte, um für die Erhaltung der Freiheit Berlins zu werben, ist der CDU/CSU nichts besseres eingefallen, als seine Abwesenheit dazu zu benutzen, Zwietracht zu säen. Es begann wie immer planmäßig in einer Reihe von sogenannten Informationsdiensten, die der CDU/CSU nahestehen und die von einer zentralen Stelle aus Sprechregelungen erhalten. Kaum ein Tag verging, an dem diese Dienste nicht Meldungen brachten, in denen von politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Willy Brandt und der SPD-Führung in Bonn die Rede war. Dieses Thema wurde später auch von anderen Publikationsorganen aufgegriffen, die vom Presse- und Informationsamt leben, wie "Das neue Journal", und in zunehmender Weise beschäftigt sich auch die CDU offiziell damit.

Die SPD, die die Hauptbetroffene in dieser Kampagne ist, wird dabei natürlich nicht gefragt, es wird nicht zur Kenntnis genommen, daß ihre gesamte Haltung seit der Berlin-Note in voller Übereinstimmung mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin festgelegt worden ist und daß die SPD auch in Zukunft keinen Schritt unternehmen wird, ohne sich mit ihren Berliner Freunden bis ins letzte abzustimmen.

Das Empörende an allen diesen Vorgängen aber ist der Zeitpunkt, den sich die Propagandamacher der CDU und der Bundesregierung ausgesucht haben, um im trüben zu fischen. Ausgerechnet in einer Zeit, in der man ernsteste politische Besorgnisse haben muß, in der es gilt, die Freiheit dieser Stadt zu erhalten, versucht man den ersten Repräsentanten von Berlin gegen seine eigene Partei auszuspielen. Hier liegt nicht nur ein Akt politischer Würdelosigkeit vor, diese dunklen Mächtschaften kann und muß man vielmehr als Brunnenvergiftung kennzeichnen.

Natürlich wird in diesem Zusammenhang immer wieder der eine oder andere Sozialdemokrat mit einer möglichen Kandidatur für dieses oder jenes Amt in Verbindung gebracht. Nun ist es richtig, auch

die SPD hat Personalentscheidungen zu treffen; aber die einzige, die in der gegenwärtigen Zeit aktuell war, war die Nominierung eines Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Dieser Aufgabe hat sich die SPD in Würde entledigt, ganz im Gegensatz zur CDU/CSU, die, obwohl sie doch vorgibt, die Partei der Persönlichkeiten zu sein, es bisher nicht fertiggebracht hat, Carlo Schmid einen ebenbürtigen Gegenkandidaten gegenüberzustellen. Und das bei 279 Bundestagsabgeordneten, der Beteiligung oder Führung von neun Landesregierungen und der Verankerung auf allen Ebenen des staatlichen und politischen Lebens, die man sich nur vorstellen kann.

In der nächsten Zukunft hat die SPD weitere Personalentscheidungen entsprechend wichtiger Art nicht zu fällen. Heute und in den nächsten Monaten stehen ganz andere Probleme zur Debatte, nämlich durch eine vernünftige Politik zu verhindern, daß die Spaltung Deutschlands sich noch weiter vertieft und alles zu tun, um die Freiheit Berlins zu erhalten. In einem solchen Zeitpunkt, der Geschlossenheit verlangt, gestattet es sich die SPD nicht, Personalpolitik in der Art zu betreiben, wie es die CDU liebend gerne möchte, und sie gestattet es auch nicht den Dunkel- und Hintermännern der Regierungs-Reptilienfonds-Verbraucher, dieses Spiel einzig und allein mit dem Ziel zu betreiben, die Sozialdemokratische Partei zu schwächen.

Heute und in den nächsten Monaten hat diese Partei im Interesse des ganzen deutschen Volkes andere Sorgen und andere Probleme zu bewältigen. Wenn noch ein Funken Anstand in den Kreisen zu finden wäre, die glauben, Kontroversen in die SPD hineinzutragen, dann müßten sie das angesichts der bedrohlichen Situation unterlassen, auch angesichts der Tatsache, daß die Berliner Bevölkerung am 5. Dezember sich mit absoluter Mehrheit für die Sozialdemokratie entschieden hat. Aber die Hoffnung auf Anstand und politische Einsicht ist offenbar trügerisch, und deshalb wird die SPD diesen Dunkelmännern den Kampf ansagen. Sie läßt sich nicht von den Berlinern und nicht von der Sozialdemokratie in Berlin trennen. Das sollten alle die zur Kenntnis nehmen, die auch weiterhin glauben, aus dem schwarzen politischen Kaffeesatz Orakeln zu können.

Ein Handelsmann aus Moskau

Leipzig, Anfang März

-tt. Der Sowjet-Premier wirkt vital und zupackend. Er weiss auch, dass er so wirkt und er versteht es, diese Wirkung genau so sorgfältig einzuplanen wie alles, was er tut und sagt, sorgfältig eingeplant ist. Dazu gehörte der Flug nach Leipzig, dazu gehörte der viertägige Aufenthalt in Leipzig und in Ostberlin, dazu gehören alle Reden und alle Erklärungen, die er in diesen Tagen gehalten und abgehalten hat, auch wenn sie zunächst noch so improvisatorisch scheinen mögen. Wer diese gezielte Planung der Improvisation und den Charme ihrer Wirkung nicht erkennt und übersieht, der hat schon darüber eine ganze Menge von Steinen in dem Spiel verbrennen, das der Sowjet-Premier klug und gelassen durchführt.

Chruschtschow hat in Leipzig das ganze Register seiner persönlichen Mittel gezogen. Er gab und zeigte sich jovial, geduldig, freundlich, schlagfertig, energisch und entschieden - alles Eigenschaften, die an sich ein gutes Klima erzeugen müssen, und unermüdlich drückte er vom ersten Augenblick seines Aufenthaltes in der DDR immer wieder auf dieselbe Taste, um den Ruf nach Frieden und Friedensvertrag ertönen zu lassen. Am Ende einer seiner zahlreichen Reden - er redet gern und viel und zeigt das unverhohlen - sagte er breit lächelnd, so dass die kleinen blauen Augen zu schmalen Schlitzern wurden: "Ich habe eigentlich nichts Neues gesagt, aber die Wiederholung ist die Mutter der Weisheit!"

Man kann man über die Schlüssigkeit dieser Chruschtschow-Tendenz verschiedener Meinung sein, aber er wendet sie rigoros und vielleicht nicht so monumental an, wie das sonst in allen Ostblockstaaten bis zum Überdross geschieht. Chruschtschow lässt die Platte seiner Wiederholungstaktik zwar ebenso unentwegt um die Begriffe Frieden und Friedensvertrag drehen, aber er setzt ihnen doch immer neue Akzente auf. Dabei schob er in Leipzig ein Motiv ganz stark und beherrend in den Vordergrund: er appellierte zum gemeinsamen und erfolgreichen Handel, "der keine Parteien, keine Ideologien, keine Religion und keine Grenzen kenne".

In einem Wandelgang-Gespräch mit britischen Abgeordneten präsentierte sich der Sowjet-Premier ganz vordergründig in seiner neuen Rolle an: "Ich komme nicht als Vertreter einer Partei, ich komme als Delegierter der Geschäftskreise in der Sowjetunion!" Der Zwischenruf eines Briten: "... also der Kapitalisten der Sowjetunion?" fing Chruschtschow nach kurzen Stutzen geschickt auf: "Wenn Sie schon kein anderes Wort als Kapitalismus kennen,

dann ist das der Kapitalismus des Kommunismus!" Das schallende Gelächter der Ausländer und Westdeutschen fand nicht auf allen Gesichtern der DDR-Gastgeber den gleichen Widerhall. Chruschtschow jedenfalls lachte dröhnend mit und hob sein Glas auf den "völkerverbindenden und völkerversöhnenden Handel", der in Leipzig seinen Kongress der "Koexistenz" begehe.

Hinter dem so grell leuchtenden Handels-Scheinwerfer wurde mit diesem Wort sofort wieder die Politik sichtbar: "Wer die friedliche Koexistenz, für die man allerdings Gehirn brauche, nicht anerkennen will, der solle sich ertränken, weil es keinen anderen Ausweg gibt!" Dieses Gerbs Furioso, mit der Lautstärke eines Cholerikers vorgetragen, bestimmte den Mann und seine Politik. Immer wieder durchbricht das sich überstürzende Temperament den ruhigen Gang der Überlegungen und man mag gut daran tun, sich vor Augen zu halten, dass dieser untersetzte stämmige Mann mit dem weichen Bauerngesicht stets bereit ist, seine Thesen und Pläne mit einem Sturzbach an Humor vorzubringen, den er ganz offensichtlich unter Kontrolle hat. Dieser schwankende Eindruck beruhigt, wenn man vorher das polternde Geklirr anhören musste, das der Sowjet-Premier kurz nach seiner Ankunft über die Leipziger losliess. Der heisere Schrei "Mir, Mir, Mir" kontrastierte befriedigend mit dem tröstlichen Begriffsinhalt des Wortes Frieden. Man sollte und müsste eigentlich pfleglicher und sanfter mit einem solchen Wort umgehen, das die Existenzhoffnung der ganzen Menschheit in sich birgt und nicht verträgt, dass es als Propaganda-Münze verschlissen wird.

Wenn der Handelsmann Chruschtschow in Leipzig klar und deutlich machen wollte, dass er und sein Volk den Frieden brauche und festigen möchte, dann wird das Echo im Westen zweifellos positiver sein. Nur dürfte der Appell "Lasst uns Handel treiben!", auch wenn er noch so laut stark vorgetragen wird, für sich allein nicht genügen, weder für den Osten noch für den Westen. Der Frieden braucht härtere und festere Fundamente und Verankerungen. Auch dazu hat Chruschtschow in Leipzig einige Tatsachen gesagt. Man wird aber noch die Reden in Ostberlin abwarten müssen, um bereits für eine gewisse Zeit feststellen zu können, wie warm oder wie kalt das Klima jetzt geworden ist.

+ + +